



Niederschrift öffentlich

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.10.2019
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	23:35 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Am Forum 5, 66424 Homburg

Anwesend

Vorsitz

Michael Forster

Mitglieder

Winfried Anslinger

Matthias Bächle

Peter Böhm

Wilfried Bohn

Thorsten Bruch

Marianne Bullacher

Patrick Cappel

Pascal Conigliaro

Anja Dettweiler

Michael Eckardt

Michael Eckhardt

Markus Emser

Peter Fuchs

Dr. Eric Gouverneur

Moritz Guth

Vanessa Haas

Franca Ingrao Grupico

Sevim Kaya-Karadag

Pascal Keßler

Prof. Dr. Frank Kirchhoff

Raimund Konrad

Nathalie Kroj

Jörg Kühn

Kristina Kulzer-Weber
Katrín Lauer
Markus Loew
Melanie Loew
Jürgen Lutter
Dr. Stefan Mörsdorf
Willibald Motsch ab TOP 2
Otwin Neumann
Daniel Neuschwander
Susan O`Connor
Carola Piazzolo
Prof. Dr. Marc Piazzolo
Jürgen Portugall
Dr. Andreas Ragoſchke-
Schumm
Dieter Reichert
Manfred Rippel
Michael Rippel
Dorothee Rouget bis TOP 20.2
Ralph Rouget ab TOP 9
Jürgen Schäfer bis TOP 7
Daniel Schütte
Barbara Spaniol
Florian Spaniol
Yvette Stoppiera-Wiebelt
Axel Ulmcke
Daniel Wiebelt

Ortsvorſteher
Reinhold Nesselberger nur ÖS

ſtellvertretende Ortsvorſteher
Ansgar Hoffmann

Ortsvertrauensleute
Hans-Joachim Kellner nur ÖS
Christine Maurer nur ÖS

Verwaltung
Sandra Ruth
Christine Becker
Prof. Dr. Klaus Kell

Jürgen Kruthoff
Kerstin Puchner
Ursula Schallmo
Thomas Simon
Ralf Weber
Martin Orschekowski
Linda Barth
Stephan Bentz
Thomas H. Müller
Ingrid Braun
Roland Ecker
Rainer Lambert
Thomas Baumann

Beauftragte

Hans-Jürgen Bernd	nur ÖS
Katharina Mörsdorf	nur ÖS
Nurettin Tan	nur ÖS
Alexander Ziegler	nur ÖS
Ute Kirchhoff	nur ÖS

Abwesend

Mitglieder

Maren Berger	entschuldigt
Tim Friedrich Titt	entschuldigt

Verwaltung

Rüdiger Schneidewind	entschuldigt
----------------------	--------------

Gäste:

Herr Ebel, Frau Müller, Frau Rammo (LfS, bis TOP 7)
Dr. Hans-Henning Krämer (Biosphäre Bliesgau, bis TOP 14)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Abstimmung über die Absetzung von TOP 15
- 1.2 Abstimmung über die Aufnahme von TOP 15.1
- 1.3 Abstimmung über die Aufnahme von TOP 20.2
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.07.2019
- 4 Antrag der AfD-Fraktion: Neubefassung des Stadtrates mit der Autobahnanschlussstelle Homburg-Ost 2019/310/100
- 5 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Variantenauswahl Autobahnauffahrt Homburg Ost: 2019/374/100
(i) Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Variantenwahl zum Autobahnanschluss Homburg Ost vom 13.12.2018 / Sitzungsvorlage 610/607/2018 (Variante 2).
(ii) Fortsetzung des Verfahrens zum Autobahnanschluss Homburg Ost mit der am 13.12.2018 vorgestellten Variante 1
- 6 Antrag der Fraktion Die Linke: Beratung rund um das Vorhaben „Autobahnanschlussstelle Homburg-Ost“ vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse 2019/376/100
- 7 Erneute Beratung Autobahnanschlussstelle "Homburg-Ost" 2019/351/610
- 8 Antrag der CDU-Fraktion: Unterrichtung über den Sachstand "Erstellung eines Starkregenkatasters" 2019/364/100
- 9 Antrag der CDU-Fraktion: Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Nutzung städtischer Gebäude 2019/365/100
- 10 Antrag der Fraktion Die Linke: Resolution zur Sicherung der krisenbedrohten Arbeitsplätze bei den Automobil- und Industriezulieferbetrieben in Homburg 2019/375/100
- 11 Antrag der Fraktion Die Linke: Unterrichtung über den Sachstand des Bebauungsplanverfahrens betreffend den Campingplatz Königsbruch 2019/377/100

- | | | |
|------|---|--------------------|
| 12 | Antrag der CDU-Fraktion: Weiterentwicklung der touristischen Erschließung des Schlossberges | 2019/366/100 |
| 13 | Bebauungsplan "Touristische Erschließung Schlossberg", Homburg - Aufstellung | 2019/272/610-01 |
| 14 | Vorstellung der Arbeit eines Klimaschutzmanagers | 2019/368/100 |
| 15 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ausrufung des "Klimanotstands" in Homburg
Resolution und Maßnahmenkatalog für Klimaschutz | 2019/307/100-01 |
| 15.1 | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD: Maßnahmenkatalog für "Mehr Klimaschutz in Homburg" | 2019/307/100-01-01 |
| 16 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Förderung des Radverkehrs in Homburg | 2019/373/100 |
| 17 | Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Jugendgruppen und Jugendverbände im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit | 2019/323/50 |
| 18 | Änderung der Satzung des Seniorenbeirates der Kreisstadt Homburg | 2019/327/50 |
| 18.1 | Ergänzung der Sitzungsvorlage 2019/327/50 | 2019/327/50-01 |
| 19 | Weisungsrecht - Abstimmungsverhalten des Vertreters der Kreisstadt Homburg in der Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) am 10.12.2019 | 2019/370/100 |
| 20 | Unterrichtungen | |
| 20.1 | Überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen | 2019/342/200 |
| 20.2 | Ersetzen des Einvernehmens zur Nutzungsänderung in Schuhfachmarkt, Saarbrücker Straße 108 | 2019/318/610-01 |
| 21 | Allgemeine Unterrichtungen | |
| 21.1 | Haushalt 2020 | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

1.1 Abstimmung über die Absetzung von TOP 15

ungeändert beschlossen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (TOP 15) soll durch einen gemeinsamen Antrag der Grünen-Fraktion mit der SPD-Fraktion (TOP 15.1) ersetzt werden.

Beschluss: TOP 15 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

1.2 Abstimmung über die Aufnahme von TOP 15.1

ungeändert beschlossen

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD (TOP 15.1) soll den bisherigen Antrag der Grünen-Fraktion (TOP 15) ersetzen.

Beschluss: TOP 15.1 wird in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

1.3 Abstimmung über die Aufnahme von TOP 20.2

ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende bittet um Aufnahme von TOP 20.2.
Er erläutert, nach der Ablehnung des Einvernehmens durch den BUA habe der Investor vor zwei Tagen ein Rechtsgutachten eingereicht, wonach die UBA zur Erteilung des Einvernehmens verpflichtet sei. Der kommissarische Leiter der UBA, Herr Baumann, sehe derzeit keine Möglichkeit, diese Rechtsauffassung zu widerlegen.

In den darauffolgenden Wortmeldungen wird starker Diskussionsbedarf deutlich.

Beschluss: TOP 20.2 wird als Beratungspunkt in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2 Einwohnerfragestunde

Zur ersten Einwohneranfrage betreffend die Einrichtung von Parkplätzen auf einem Teilstück des Radweges in der Talstraße in Höhe des Enklerplatzes, verweist der Bürgermeister auf den Ratsbeschluss, wonach die Verwaltung zum einen den Auftrag habe, ein Parkbewirtschaftungskonzept für den Enklerplatz zu erstellen, gleichzeitig aber auch alternative, kostenlose Parkmöglichkeiten in der Innenstadt zu schaffen. Er könne die Kritik ein Stück weit verstehen. Aufgrund unzureichender hausinterner Kommunikation sei die Beschilderung nicht optimal eingerichtet worden, weshalb er diese nach einer Ortsbegehung am gestrigen Tag auch habe wieder entfernen lassen. Gleichzeitig habe er aber auch den Prüfauftrag erteilt, wie eine parallele Nutzung aller Verkehre realisiert werden könnte. Nach gründlicher Prüfung unter Beteiligung aller zuständigen Stellen werde man dieses Konzept zu gegebener Zeit vorstellen.

Auf die zweite Anfrage, ob die Verwaltung bzw. der Stadtrat die Umbenennung des Homburger Bahnhofs von Homburg (Saar) Hbf in Homburg (Saar-Pfalz) Hbf unterstütze werde, entgegnet BM Forster, sofern die Bahn AG auf die Stadt diesbezüglich zukomme, werde der Stadtrat damit befasst.

3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.07.2019 ungeändert beschlossen

Die aufgrund des Einwands von RM Bohn aus der vergangenen Sitzung berichtigte Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

4 Antrag der AfD-Fraktion: Neubefassung des Stadtrates mit der Autobahnanschlussstelle Homburg-Ost **2019/310/100** zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende schlägt angesichts vierer gleichlautender Anträge zum Thema vor, die Vertreter des Landesbetriebs für Straßenbau (LfS) das Ergebnis ihrer Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) vorstellen zu lassen, im Anschluss darüber zu beraten und sodann zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als weitestgehendsten Antrag abzustimmen.

Gegen diesen Vorschlag zur Vorgehensweise werden keine Einwände erhoben.

Auch RM Schütte ist damit einverstanden, begründet bei dieser Gelegenheit aber auch noch einmal den Antrag seiner Fraktion. So herrschten einerseits Informations-

defizite, andererseits lägen eine Reihe neuer Informationen vor, weshalb die AfD-Fraktion eine komplette Neubefassung mit der Thematik beantrage.

5 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Variantenauswahl Autobahnauffahrt Homburg Ost:

2019/374/100
abgelehnt

**(i) Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Varianten-
auswahl zum Autobahnanschluss Homburg Ost vom
13.12.2018 / Sitzungsvorlage 610/607/2018 (Variante 2).**

**(ii) Fortsetzung des Verfahrens zum Autobahnanschluss
Homburg Ost mit der am 13.12.2018 vorgestellten Vari-
ante 1**

Herr Ebel, Frau Müller und Frau Rammo vom LfS stellen gemeinsam das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie vor.

Demnach ergibt sich hinsichtlich der Auswirkungen auf die betrachteten Schutzgüter in allen Belangen bis auf den Punkt „Wohnen“ eine eindeutige Präferenz für Variante 1 gegenüber Variante 2.

Da Variante 1 näher an der Bebauung liege und der Verkehr über die L 118 wesentlich zunehmen werde, gestalte sich die Lärmsituation für die unmittelbaren Anwohner schlechter. Da der Neubau der Anschlussstelle jedoch eine „wesentliche Änderung“ darstelle, entstände im Falle von Variante 1 ein Anspruch auf Lärmvorsorge. Im Streckenverlauf der L 118 werde dann eine Lärmberechnung unter Zugrundelegung der schärferen Lärmvorsorge-Grenzwerte durchgeführt, was entsprechende Vorsorge-
maßnahmen zur Folge hätte.

Nachdem die Vertreter des LfS noch Detail- und Verständnisfragen der Ratsmitglieder zum Bauvorhaben beantwortet und erklärt haben, dass das LfS die aus Straßenbausicht günstigste Variante 1 weiter beplanen und auch beim Bund einreichen werde, geben die Fraktionen ihre Stellungnahmen ab.

Die Ratsmitglieder Bruch und Ulmcke von der FWG machen deutlich, dass sie nach wie vor nicht nachvollziehen können, warum die von ihnen favorisierte Variante 5 nicht realisierbar sein soll.

RM Stoppiera-Wiebelt bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach wie vor Variante 1 als die Variante mit der geringsten Umweltbeeinträchtigung unterstütze.

RM Barbara Spaniol hingegen bleibt dabei, dass die Fraktion Die Linke die Null-Variante bevorzuge. Egal ob Variante 1 oder 2, jeder Autobahnanschluss stelle eine zu große Belastung für Natur und Landschaft dar. Sie plädiere stattdessen für mehr Bus und Bahn anstatt Autobahn in Homburg.

RM Mörsdorf trägt vor, der Stadtrat habe sich die Entscheidung für Variante 2 nicht leicht gemacht. Basis für die Entscheidung sei jedoch gewesen, dass Variante 2 die größtmögliche Entlastung für die Menschen sowohl in Erbach als auch in Bruchhof bringen würde.

RM Loew zeigt Unverständnis darüber, warum der AfD-Antrag auf Neubefassung mit der Thematik Anschlussstelle HOM-Ost aus der vergangenen in die heutige Sitzung vertagt worden sei, da auch der heutige Vortrag des LfS keine neuen Erkenntnisse gebracht habe. Ohnehin sei es offensichtlich egal, was der Stadtrat heute entscheide, da Variante 1 offenbar bereits stehe.

Auch die Aufhebung des bestehenden Ratsbeschlusses zu Variante 2 helfe nicht weiter.

Die AfD-Fraktion ist weiterhin für eine komplette Neubefassung mit dem Thema mit einer wertoffenen und wertfreien Diskussion von Beginn an.

Der Vorsitzende erwidert, die Verwaltung sei an den bestehenden Ratsbeschluss, welchem eine jahrelange Diskussion im Stadtrat vorausgegangen sei, gebunden. Heute sei der Stadtrat über weitere Verfahrensschritte informiert worden. Ferner stehe die in demokratischer Abstimmung gewählte Vorzugsvariante noch einmal auf dem Prüfstand. Man könne jedoch nicht noch einmal im Jahr 2010 beginnen.

RM Bohn stellt heraus, dass jede Variante Vor- und Nachteile mit sich bringe. Innerhalb der SPD-Fraktion bestehe jedoch nach wie vor eine erkennbare Mehrheit für die Variante 2, da sie den meisten Menschen eine Entlastung bringe.

RM Piazzolo hebt hervor, dass die heute vorgestellte Umweltverträglichkeitsstudie sehr wohl eine neue Erkenntnis gebracht habe, nämlich die, dass diese eindeutig Pro Variante 1 ausgefallen sei. In diesem Zusammenhang erinnert er auch an die einstimmige Empfehlung des Ortsrates Jägersburg für Variante 1.

Er warnt vor den Konsequenzen, sollte es aufgrund des Beharrens des Rates auf Variante 2 schlussendlich zu Variante 0 kommen. Dann würde nämlich kein Anspruch auf Lärmvorsorge oder Lärmsanierung entlang L 118 entstehen. Ferner blieben die Menschen in den anderen Stadtgebieten weiterhin stark belastet.

Aus der Gesamtsicht und mit Blick auf den Industriestandort Homburg bleibe die Grünen-Fraktion konsequent bei ihrer Unterstützung für die Variante 1.

RM Kühn führt aus, dass die FDP dem vorherigen Stadtrat nicht angehört habe und folglich an besagtem Beschluss nicht beteiligt gewesen sei. Seine Fraktion vertrete jedoch die Meinung, dass nur Variante 1 sinnvoll sei. Ohnehin gehe es zum jetzigen Zeitpunkt nur noch um Variante 1 oder 0.

Abschließend ergreift RM Schäfer als Ortsvorsteher von Jägersburg das Wort und bittet darum, bei der nachfolgenden Abstimmung die einstimmige Empfehlung des Ortsrates Jägersburg für Variante 1 zu berücksichtigen.

Antrag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Variantenauswahl zum Autobahnanschluss Homburg Ost vom 13.12.2018 / Sitzungsvorlage 610/607/2018 (Variante 2) und die Fortsetzung des Verfahrens zum Autobahnanschluss Homburg Ost mit der am 13.12.2018 vorgestellten Variante 1.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt:

15 Ja-Stimmen: CDU (2), SPD (2), Grüne (9), FDP (2)

25 Nein-Stimmen: CDU (11), SPD (8), AfD (6) sowie

8 Enthaltungen: SPD (1), Linke (3), FWG (4)

-
- 6 Antrag der Fraktion Die Linke: Beratung rund um das Vorhaben „Autobahnanschlussstelle Homburg-Ost“ vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse** **2019/376/100** zur Kenntnis genommen

Durch das Abstimmungsergebnis unter TOP 5 über den weitergehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich eine Abstimmung über diesen TOP erübrigt.

-
- 7 Erneute Beratung Autobahnanschlussstelle "Homburg-Ost"** **2019/351/610** zur Kenntnis genommen

Durch das Abstimmungsergebnis unter TOP 5 über den weitergehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich eine Abstimmung über diesen TOP erübrigt.

-
- 8 Antrag der CDU-Fraktion: Unterrichtung über den Sachstand "Erstellung eines Starkregenkatasters"** **2019/364/100** zur Kenntnis genommen

Herr Thomas Müller von der Abteilung Stadtplanung berichtet, dass am 28.10. ein Abstimmungsgespräch mit dem seitens des Ministeriums eingesetzten Kümmerers stattfinden werde, der die Kommunen bezüglich des Vergabeverfahrens berät. Die Kostenhöhe sei derzeit noch nicht abschätzbar. Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 € seien jedoch im Haushalt eingestellt. Üblicherweise werde die Erstellung des Konzepts mit 90% gefördert. Eine Implementierung des Starkregenkatasters sei schätzungsweise frühestens in zwei Jahren möglich.

-
- 9 Antrag der CDU-Fraktion: Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Nutzung städtischer Gebäude** **2019/365/100** zurückgestellt

RM Konrad führt aus, dass es im Antrag seiner Fraktion vor allem darum gehe, den Fokus im Gebäudemanagement städtischer Gebäude auf die Hohenburgschule zu richten. Ebenso wolle man den derzeit laufenden Förderantrag der Verwaltung zur Renovierung des alten Rathauses am Marktplatz, der im Wesentlichen eine Umnutzung des Gebäudes beinhalte, ad acta legen. Da das Raumangebot des Gebäudes begrenzt sei, befürchte man, dass die beiden bisher für den Musiksommer als Backstage-Bereich für Künstler und Technik-Lager des Kulturamtes genutzten Räume künftig nicht mehr zur Verfügung stehen werden, da sie laut beantragtem Nutzungskonzept als Büros für Quartiermanager usw. genutzt werden sollen. Dies würde jedoch das Ende des Musiksommers sowie vieler anderer Veranstaltungen auf dem Marktplatz bedeuten.

Er problematisiert zudem die Folgekosten durch die zu neu schaffenden Stellen und die künftige Eigennutzung des bislang privat betriebenen Bistros 1680 durch städtische Mitarbeiter. Nach Ansicht der CDU-Fraktion müsste das alte Rathaus dringend

energetisch saniert werden. Diese rentierlichen Maßnahmen wären laut Auskunft des Landesdenkmalpflegers auch jederzeit durch KfW-Mittel und Zuschüsse finanzierbar und könnten unabhängig von der jetzigen Planung durchgeführt werden.

Die nach dem städtebaulichen Entwicklungskonzept ISEK im Rahmen der Altstadtanierung für ein einziges Projekt zustehende erhöhte Förderung sollte nicht für das alte Rathaus mit seinem begrenzten Raumangebot eingesetzt werden, sondern vielmehr für die Hohenburgschule, in der man ein echtes Kultur- und Begegnungszentrum einrichten könnte. Als mögliche Nutzungen nennt er beispielhaft die Unterbringung des städtischen Archivs zusammen mit dem Kreisarchiv, der Volkshochschule, des Begegnungszentrums für Senioren sowie des Quartier- und Integrationsmanagers.

Der Bürgermeister und die Beigeordnete Becker verweisen auf den bestehenden Ratsbeschluss zum ISEK sowie zur Einreichung des Förderantrags für das alte Rathaus.

Die Beigeordnete Frau Becker betont jedoch, dass man auch die Hohenburgschule im Visier habe. Derzeit werde ein Gutachten erstellt, welches vom Innenministerium mit 50.000 € bezuschusst werde. Die Machbarkeitsstudie sollte man abwarten, um dann das weitere Vorgehen zu beraten.

Das Konzept für das alte Rathaus sei mehrfach vorgestellt worden. Der Musiksommer sei nicht gefährdet.

Der Kämmerer beschreibt einen erheblichen Instandhaltungsstau für das alte Rathaus mit Kosten in Höhe von mindestens 1,5 Millionen Euro, welche in den nächsten Jahren unweigerlich auf die Stadt zukommen werden. Die Förderquote betrage 90%. Für die Jahre 2018 und 2019 lägen die Bescheide bereits vor. Es sei nicht möglich, diese Mittel auf ein anderes Projekt umzuschichten, weshalb er nicht verstehen könne, warum der bestehende Ratsbeschluss nun nicht umgesetzt werden solle.

Die Planungen für die Hohenburgschule seien davon nicht berührt und würden parallel weiterverfolgt.

Da in der anschließenden Diskussion deutlich wird, dass nicht zuletzt die neuen Ratsmitglieder sich nicht umfassend über die Konzeption für das alte Rathaus informiert fühlen, schlägt die Beigeordnete Frau Becker vor, zeitnah eine gemeinsame Besichtigung des Gebäudes vorzunehmen und die Konzeption vorzustellen.

RM Piazzolo bittet darum, dass im Vorfeld der Begehung der Förderantrag zur Verfügung gestellt und darüber informiert wird, welche Fristen hinsichtlich des Förderantrags eingehalten werden müssen.

RM Mörsdorf regt an, auch einen Begehungstermin für die Hohenburgschule zu vereinbaren.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird vertagt.

10 Antrag der Fraktion Die Linke: Resolution zur Sicherung der krisenbedrohten Arbeitsplätze bei den Automobil- und Industrielieferbetrieben in Homburg

2019/375/100
ungeändert beschlossen

Beschluss: Die Resolution wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

-
- 11 Antrag der Fraktion Die Linke: Unterrichtung über den Sachstand des Bebauungsplanverfahrens betreffend den Campingplatz Königsbruch** **2019/377/100**
zur Kenntnis genommen

Herr Thomas Müller von der Stadtplanung informiert den Rat über den aktuellen Stand des Bebauungsplanverfahrens sowie des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplans.

Auf die Frage, ob es einen Ausgleich für diejenigen Pächter gebe, deren Häuser in Folge des Brandschutzkonzepts beseitigt werden müssten, antwortet Herr Müller, dazu könne er nichts sagen. Dies sei Sache des Campingplatz-Betreibers.

-
- 12 Antrag der CDU-Fraktion: Weiterentwicklung der touristischen Erschließung des Schlossberges** **2019/366/100**
ungeändert beschlossen

RM Mörsdorf trägt die Antragsbegründung vor.

RM Stoppiera-Wiebelt findet die Idee sehr gut, den Sonderausschuss tagen zu lassen. Dies sollte jedoch geschehen, bevor ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst wird.

Auch die Durchführung eines Tag des Offenen Tür sowie eines Ideenwettbewerbs findet ihre Unterstützung, wobei dieser jedoch unter professionellen Ideengebern stattfinden sollte, da es sich beim Schlossberg um einen stadtbildprägenden Berg handele.

BM Forster gibt angesichts der Haushaltssituation zu bedenken, dass Maßnahmen wie die Durchführung eines Ideenwettbewerbs Kosten verursachen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst einen „generellen“ Bebauungsplan aufzustellen, um die baurechtliche Situation prüfen zu lassen und für künftige Förderprogramme gerüstet zu sein. Nachjustierungen seien im Laufe des Bebauungsplanverfahrens weiterhin möglich.

RM Stoppiera-Wiebelt kritisiert, dass es sich dabei um eine Planung „ins Blaue“ hinein handeln würde, die unnötige Kosten verursachen würde. Stattdessen sollte man sich zunächst einmal darüber klar werden, was man überhaupt wolle.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Eingangssituation der Schlossberghöhlen als wichtige touristische Attraktion derzeit wenig repräsentativ sei und hinsichtlich des einsturzgefährdeten Großen Bruchs konkreter Handlungsbedarf bestehe.

Beschluss:

Der Sonderausschuss zur touristischen Erschließung des Schlossberges wird einberufen. Die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs sowie die Durchführung eines Tages der Offenen Tür sollen dort diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

13 Bebauungsplan "Touristische Erschließung Schlossberg", Homburg - Aufstellung **2019/272/610-01**
geändert beschlossen

RM Bruch ist es wichtig festzuhalten, dass es nun nicht um den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gehe und bittet darum, die Fruchthallstraße aus dem Geltungsbereich herauszunehmen, um auszuschließen, dass die Aufzüge doch noch durch die Hintertür realisiert werden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass man den Geltungsbereich so groß wie möglich fassen sollte, um sich keine Möglichkeiten zu versperren. Eine Reduzierung im Laufe des Bebauungsplanverfahrens sei jedoch möglich. Eine Erweiterung sei jedoch nicht so einfach möglich. Die Realisierung eines konkreten Projekts müsse zu gegebener Zeit ohnehin vom Stadtrat beschlossen werden.

RM Stoppiera-Wiebelt schließt sich hingegen der Einschätzung von RM Bruch an und problematisiert, dass die Lage im Geltungsbereich eines Bebauungsplans für die Grundstückseigentümer in der Karlsbergstraße einen Einschnitt in ihre Eigentumsrechte bedeute.

Sie plädiert dafür, vor der Beschlussfassung über den Bebauungsplan zunächst im Sonderausschuss darüber zu beraten.

Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Touristische Erschließung Schlossberg“ in der Gemarkung Homburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen bei
1 Gegenstimme: FWG sowie
10 Enthaltungen: Grüne

14 Vorstellung der Arbeit eines Klimaschutzmanagers **2019/368/100**
zur Kenntnis genommen

Herr Dr. Hans-Henning Krämer, Klimaschutzmanager der Biosphäre Bliesgau, stellt dem Stadtrat seine Arbeit vor.

15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ausrufung des "Klimanotstands" in Homburg **2019/307/100-01**
zurückgezogen

Resolution und Maßnahmenkatalog für Klimaschutz

15.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD: Maßnahmenkatalog für "Mehr Klimaschutz in Homburg"

2019/307/100-01-01
zurückgestellt

RM Piazolo berichtet, dass man zwischenzeitlich auf Grundlage des von den Grünen eingebrachten Antrags mit den übrigen Ratsfraktionen intensive Gespräche geführt habe. Lediglich eine Fraktion habe sich nicht daran beteiligt.

Als Resultat aus den kontrovers geführten Gesprächen sei schlussendlich ein gemeinsamer Antrag mit der SPD-Fraktion hervorgegangen. Anregungen von anderen Fraktionen seien jedoch aufgenommen worden. Ziel sei es letztlich, einen Katalog mit konkreten, finanzierbaren sowie ökonomisch als auch ökologisch nachhaltigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Stadt übernehme in ihrem täglichen Handeln eine Vorbildfunktion.

Gegenüber dem ursprünglichen Antrag der Grünen tauche das Wort „Klimanotstand“ nun nicht mehr auf.

Auf Anregung der CDU-Fraktion habe man die Einstellung eines Klimaschutzmanagers aus dem Antrag ebenfalls herausgenommen und stattdessen die Arbeit eines Klimaschutzmanagers dem Rat zunächst einmal vorzustellen.

Nachdem RM Piazolo sodann die einzelnen Bestandteile des gemeinsamen Antrags von Grünen und SPD aufgeführt hat, bedankt sich RM Neuschwander im Namen der SPD-Fraktion bei den Grünen für die konstruktiven Gespräche sowie bei den Jusos bei der Mitarbeit am Maßnahmenkatalog. Er schließt mit der Bitte an den Stadtrat, dem Antrag zuzustimmen.

BM Forster zeigt sich erfreut über den Maßnahmenkatalog, weist jedoch auch darauf hin, dass die Stadt in vielen Bereichen bereits weiter sei, als hier vorgesehen und als das von außen wohl wahrgenommen werde. Als Beispiele nennt er u. a. die energetische Sanierung städtischer Gebäude, die 100% klimaneutrale Gas-Tankstelle der Stadtwerke Homburg oder auch die aktuell geführten, konkreten Verhandlungen mit den Firmen Bosch und Schaeffler über die Bereitstellung „grüner“ Wasserstoff-Tankstellen.

Auch müsse man sich stets die Frage der Finanzierbarkeit stellen und sich bewusst sein, dass Homburg eine Sanierungsgemeinde sei und alle genannten Maßnahmen zunächst einmal Kosten verursachten und Personal binden würden.

Der FWG- sowie der AfD-Fraktion geht der Antrag nach wie vor zu weit.

Die FDP-Fraktion sieht ebenfalls noch einige Punkte des Maßnahmenkatalogs kritisch.

Die Fraktion Die Linke bringt ihre Unterstützung zum Antrag zum Ausdruck.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, eine Arbeitsgruppe mit je einem Vertreter pro Fraktion zu bilden, um den Antrag in der nächsten Ratssitzung mit breiter Mehrheit verabschieden zu können.

Die Grünen- und die SPD-Fraktion erklären sich mit der Vertagung des Antrags einverstanden.

16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Förderung des Radverkehrs in Homburg

2019/373/100
geändert beschlossen

Nachdem RM Piazolo den Antrag begründet hat, schlägt der Vorsitzende vor, die Verwaltung zunächst mit der Prüfung der Umsetzbarkeit der Umwidmung zu beauftragen.

Beschluss:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, die Umwidmung der Unteren Allee, Oberen Allee sowie der Kirrberger Straße jeweils in eine Fahrradstraße (Höchstgeschwindigkeit 30 km/h, PKW und Lieferverkehr frei) zu prüfen sowie
- b) alle Einbahnstraßen, in denen dies nach geltendem Recht möglich ist, für Fahrräder gegen die Fahrtrichtung freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

- a) mehrheitlich beschlossen bei
24 Ja-Stimmen: CDU (1), SPD (8), Grüne (10), Linke (3), FDP (2)
21 Nein-Stimmen: CDU (11), FWG (4), AfD (6)
3 Enthaltungen: CDU (1), SPD (2)

- b) mehrheitlich beschlossen bei
39 Ja-Stimmen: CDU (10), SPD (10), Grüne (10), Linke (3), FWG (4), FDP (2)
7 Nein-Stimmen: CDU (1), AfD (6),
2 Enthaltungen: CDU

17 Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Jugendgruppen und Jugendverbände im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit

2019/323/50
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Neufassung der Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Jugendgruppen und Jugendverbände im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

18 Änderung der Satzung des Seniorenbeirates der Kreisstadt Homburg

2019/327/50

Beschluss: Die Satzungsänderung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**19 Weisungsrecht - Abstimmungsverhalten des Vertreters
der Kreisstadt Homburg in der Verbandsversammlung
des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) am 10.12.2019****2019/370/100**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass unbeschadet des heutigen Beschlusses aufgrund der zwischenzeitlich zusätzlich anberaumten Ratssitzung am 26. November die Möglichkeit bestehe, in dieser noch eine Weisung zu erteilen, sollte nach Abschluss der Regionalkonferenzen dafür Bedarf bestehen.

Beschluss:

Dem Vertreter der Kreisstadt Homburg wird bezüglich des Abstimmungsverhaltens in der Verbandsversammlung des EVS am 10.12.2019 keine Weisung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

20 Unterrichtungen**20.1 Überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Aufwendungen
bzw. Auszahlungen****2019/342/200**
zur Kenntnis genommen

**20.2 Ersetzen des Einvernehmens zur Nutzungsänderung in
Schuhfachmarkt, Saarbrücker Straße 108****2019/318/610-01**
zur Kenntnis genommen

BM Forster legt gemeinsam mit dem kommissarischen Leiter der Unteren Bauaufsichtsbehörde (UBA) Herrn Baumann mit Verweis auf das Rechtsgutachten von Herrn Prof. Dr. Spannowsky dar, dass aus rechtlichen Gründen das Einvernehmen zu erteilen sei.

RM Stoppiera-Wiebelt moniert, hier werde deutlich, dass das Märktekonzept wertlos sei und die Beschlusslage des Stadtrates von der Stadtplanungsabteilung nicht umgesetzt werde. Sie bedauert, dass die Spitze der Stadtplanung heute Abend nicht anwesend sei. Sie zeigt sich verärgert darüber, dass obwohl der Bauantrag zur Nutzungsänderung bereits am 10. April eingegangen sei, weder Bauausschuss noch Stadtrat darüber informiert worden seien. Stattdessen werde dem Stadtrat nun kurz vor Fristende die Pistole auf die Brust gesetzt und mit Amtshaftung gedroht.

Durch rechtzeitige Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens hätte diese Misere vermieden werden können. Dies sei dem Stadtrat von der eigenen Stadtplanung je-

doch nicht empfohlen worden. Der Stadtrat sei von der Stadtplanung massiv getäuscht worden, was nicht hinnehmbar sei.

Der Bürgermeister stimmt ihr zu. Aus seiner Sicht hätte man dies schon zum Zeitpunkt des Märktekonzepts absichern müssen und durch Aufstellung von Bebauungsplänen für die äußeren Bereiche wirksam vermeiden können.

Von RM Stoppiera-Wiebelt nach den personellen Konsequenzen gefragt, versichert der Bürgermeister, dass man diese prüfen und den Vorgang intern aufarbeiten werde.

Herr Baumann berichtet, dass der Antrag auf Nutzungsänderung am 10.04.19 bei der UBA eingegangen und unmittelbar an die Stadtplanung weitergeleitet worden sei.

RM Bullacher spricht von einem Meisterstück im Baurecht, bei dem alle Wünsche des Investors umgesetzt worden seien. Spätestens am 10.04. hätte die Stadtplanung den Bauausschuss informieren und dafür Sorge tragen müssen, dass das Märktekonzept umgesetzt wird. Sie sehe hier ein persönliches Fehlverhalten sowie eine persönliche Haftung des Baudirektors.

Weiterhin fühle nicht nur sie sich vom Investor getäuscht, da ihrem Eindruck nach nie ein Elektrofachmarkt geplant gewesen sei. Trotz mehrfacher Nachfrage sei der Name des Marktes nie genannt worden.

In ihren Augen finde der bestehende Handel in der Innenstadt keinen Rückhalt in der Politik. Insbesondere bei der Ansiedlung von Fachmärkten und der Stadtplanung müssten auch die zahlreichen Arbeitsplätze im Einzelhandel Berücksichtigung finden, wenn es um innenstadtrelevantes Sortiment gehe.

Sie könne dem Einvernehmen nicht zustimmen. Sie bittet zu prüfen, ob hier eine persönliche Fehlentscheidung des Baudirektors vorliege.

RM Kirchhoff stimmt seiner Vorrednerin zu. Der Stadtkern lebe vom Einzelhandel, den man nicht vernachlässigen dürfe. Man könne sich nicht erpressen lassen.

Da sich eine Diskussion über die Konsequenzen der Versagung des Einvernehmens und die Erfolgsaussichten eines möglichen Gerichtsprozesses anschließt, machen der Bürgermeister und Herr Baumann noch einmal deutlich, dass die UBA aufgrund der Rechtslage gezwungen sei, das Einvernehmen zu erteilen. Ein Ratsbeschluss sei dazu nicht erforderlich. Herr Baumann schätzt, dass eine Klage gegen die Baugenehmigung keine Aussicht auf Erfolg hätte.

RM Piazzolo legt Wert darauf, dass der Stadtrat vom Bürgermeister darüber informiert wird, welche verwaltungsinternen Konsequenzen aus diesem Vorgang gezogen werden, um eine Wiederholung in Zukunft zu vermeiden. Ferner müsste es aus seiner Sicht auch Konsequenzen für die künftige Beauftragung von Rechtsgutachten haben, dass Herr Prof. Dr. Spannowsky in diesem Fall ein Gutachten gegen die Stadt geschrieben habe.

Den Vorschlag von RM Fuchs, eine Klage gegen die Baugenehmigung zu prüfen, empfindet der Vorsitzende als nicht als zielführend. Die Entscheidung darüber habe jedoch letztendlich der Stadtrat zu treffen.

21 Allgemeine Unterrichtungen

zur Kenntnis genommen

21.1 Haushalt 2020

Der Kämmerer berichtet von massiven Einbrüchen bei den Gewerbesteuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 8 Millionen Euro. Man müsse davon ausgehen, dass die Situation sich im kommenden Jahr nicht verbessern werde. Ursache sei die Krise in der Automobilindustrie.

Der Bürgermeister ergänzt, dass dies auch Thema in der morgigen Haushaltsklausurtagung sein werde.